

Stand: 24.06.2026 06:40:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/97

"Beteiligung des Freistaats Bayern an der Strategischen Umweltprüfung zur "Energierstrategie Tschechien""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/97 vom 18.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/497 des UV vom 21.01.2014
3. Beschluss des Plenums 17/608 vom 05.02.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Beteiligung des Freistaats Bayern an der Strategischen Umweltprüfung zur „Energierategie Tschechien“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Angebot der tschechischen Regierung zur Beteiligung an der Strategischen Umweltprüfung zur Fortschreibung der „Energierategie Tschechien“ anzunehmen und das Interesse des Freistaats umgehend förmlich gegenüber der tschechischen Regierung zu erklären.

Begründung:

Bereits im Mai wurde die Staatsregierung von der tschechischen Regierung förmlich über die geplante Fortschreibung der „Energierategie Tschechien“ unterrichtet und über die Beteiligungsmöglichkeiten informiert. Nach den bisher bekannt gewordenen Informationen hat die Staatsregierung bisher kein Interesse an der Beteiligung an dieser strategischen Umweltprüfung gegenüber der tschechischen Regierung bekundet.

Sowohl der geplante Bau von zwei weiteren Reaktoren in Temelin, als auch die bisherige Energiepolitik Tschechiens bei den fossilen und erneuerbaren Energien stehen nicht im Einklang mit den Zielen der bayerischen Energiepolitik. Angesichts der sich abzeichnenden weiteren Integration der europäischen Strom- bzw. Energiemärkte sollte der Einfluss der tschechischen Energiepolitik auf die bayerische Energiewirtschaft nicht unterschätzt werden. Daher sollte die angebotene Beteiligung zu einer nachbarschaftlichen Debatte über die zukünftige Energiepolitik Tschechiens unbedingt genutzt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/97

**Beteiligung des Freistaats Bayern an der Strategischen Umwelt-
prüfung zur "Energierategie Tschechien"**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Rosi Steinberger**
Mitberichterstatter: **Hans Ritt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 5. Dezember 2013 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 04. Sitzung am 21. Januar 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/97, 17/497

Beteiligung des Freistaats Bayern an der Strategischen Umweltprüfung zur „Energierategie Tschechien“

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Hans Ritt

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beteiligung des Freistaats Bayern an der Strategischen Umweltprüfung zur "Energierategie Tschechien" (Drs. 17/97)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Steinberger. Sie steht bereits hier. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Wir wollen ja alle etwas Zeit sparen, denn die Zeit ist ja schon fortgeschritten. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon viel über eine Energie der Zukunft gesprochen. Jetzt muss ich Sie zu einer Energie der Vergangenheit mitnehmen. Woran denken Sie, wenn Sie den Namen Temelin hören? Ich vermute, es geht Ihnen da genauso wie mir. Ich denke bei Temelin an ein Atomkraftwerk, das vor allem durch unzählige Pannen und Störfälle aufgefallen ist. Dieses AKW steht in Tschechien, etwa 60 Kilometer von der bayerischen Grenze entfernt. Damit ist auch klar: Ein atomarer Unfall in Temelin würde sich unmittelbar auf die Sicherheit des angrenzenden Bayern auswirken.

Was hat das nun mit unserem Antrag zu tun? Im letzten Jahr hat die tschechische Regierung ein Energiekonzept vorgelegt. Darin ist unter anderem ein deutlicher Ausbau des AKW Temelin vorgesehen, und zwar um zwei weitere Blöcke. Nach EU-Recht ist es nun möglich, dass sich angrenzende Länder an einem Verfahren zur Strategischen Umweltprüfung dieses Energiekonzeptes beteiligen. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, nein, es gilt auch für den Freistaat Bayern.

Dieses Verfahren sieht eine umfassende Bürgerbeteiligung vor. Jeder interessierte Bürger kann seine bzw. ihre persönlichen Einwendungen vorbringen.

Bereits im Mai letzten Jahres wurde die Staatsregierung von dieser Möglichkeit unterrichtet, nur: Bayern hat daran anscheinend kein Interesse. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie heute ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Nun werden Sie von der CSU mir antworten, dass Bayern ja durchaus nicht untätig war. Und es stimmt, Bayern hat auch schon etwas getan: Bayern hat einen Brief an das Umweltministerium des Bundes geschrieben. Darin steht sinngemäß, dass sich der Bund darum kümmern soll. Wir haben in Berlin einmal nachgefragt, was denn der Bund in dieser Angelegenheit bisher unternommen hat. Die Antwort kam passend gestern von meiner GRÜNEN-Kollegin Frau Kotting-Uhl, und es hat sich herausgestellt: Der Bund hat in dieser Angelegenheit überhaupt nichts getan.

So. Was tut nun Bayern? Bayern tut das Gleiche wie der Bund, nämlich überhaupt nichts. Das finde ich jetzt ein wenig komisch, denn sonst tritt Bayern doch gerade in der Energiepolitik so selbstbewusst auf und schlägt immer einen eigenen Weg ein; wir haben es heute eindrücklich gehört. Wie schaut es jetzt aus? Bei der Windkraft bremsen und bei der Atomkraft die Augen zumachen – ist das vielleicht der bayerische Weg? Dazu sagen wir: Nein danke!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Hierzu empfehle ich noch einen Blick nach Oberösterreich. Dort hat man nämlich gehandelt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung wurde durchgeführt und bereits abgeschlossen. Über 4.000 Einwendungen wurden vorgebracht. Es ginge also, man muss es nur wollen. Aber Sie wollen offensichtlich nicht. Es genügt auch nicht, dass das bayerische Wirtschaftsministerium eine Stellungnahme nach Tschechien schickt. Wir wollen eine echte Beteiligung der Öffentlichkeit. Deshalb zum Schluss mein Appell: Zeigen Sie, dass Bayern auch über den Tellerrand hinausschauen kann! Unterstützen Sie die Anliegen der Oberfranken, der Oberpfälzer und der Niederbayern, die an Tschechien an-

grenzen und sich schon seit Langem gegen das AKW in Temelin einsetzen, das Sie selbst ja auch nicht mehr wollen!

Der Ministerpräsident ist nicht mehr hier. Ich nenne ihn auch nicht mehr Ministerpräsidenten, sondern ich nenne ihn "König Horst". "König Horst" hat doch einen großen Gefallen an einer Koalition mit dem Volk gefunden. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie sich einen Ruck! Zeigen Sie, dass Ihnen die Energiepolitik im Nachbarland nicht egal ist. Stimmen Sie unserem Antrag im Interesse der bayerischen Bevölkerung und im Interesse einer gemeinsamen und zukunftsfähigen europäischen Energiepolitik zu!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Steinberger. – Als nächster Redner hat sich Hans Ritt zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Ritt (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Anfang feststellen: Die GRÜNEN wollen mit ihrem Antrag die Staatsregierung auffordern, etwas zu tun, was bereits voll im Gange ist. Werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie fordern mit Ihrem Antrag von der Staatsregierung eine Beteiligung an der grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfung zur Fortschreibung der "Energiestrategie Tschechien" im Interesse Bayerns. Dies sei angeblich bis heute vonseiten der Staatsregierung nicht geschehen.

Richtig ist, dass nach EU-Recht die Anrainerstaaten an einer grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfung zu beteiligen sind. Richtig ist auch, dass die Staatsregierung und die Bundesregierung im Mai 2013 durch die tschechische Regierung über die Fortschreibung der Energiestrategie informiert wurden, wenn auch nicht vollumfänglich, da zu diesem Zeitpunkt weder eine deutsche Übersetzung des Konzepts noch ein erforderlicher Umweltbericht übergeben wurde. Bei der Staatsregierung wurde seitens Tschechiens zudem angefragt, ob man sich an den zwischenstaatlichen Konsultationen, also an den Beratungen auf Bundesebene, beteiligen wolle.

Falsch ist allerdings, dass, wie es in Ihrem Antrag heißt, die Staatsregierung bisher kein Interesse an der Beteiligung an dieser Umweltprüfung gegenüber der tschechischen Regierung bekundet und das Angebot zur Beteiligung an dem Verfahren nicht angenommen habe. Fakt ist nämlich, dass sowohl der Freistaat Bayern als auch der Freistaat Sachsen die Bundesregierung frühzeitig um Koordinierung und weitere Beteiligung gebeten und damit den vorgeschriebenen Weg eingehalten haben.

In Ihrem Antrag lassen Sie die Tatsache unerwähnt, dass die Bundesregierung nach § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für diese grenzüberschreitende Maßnahme zuständig ist. Eine direkte, sozusagen bilaterale Beteiligung Bayerns am Konzept "Energierategie Tschechien" ist daher gar nicht möglich, sondern hat, und das ohne Wenn und Aber, über die Bundesregierung zu erfolgen. Diese ist schließlich noch immer offizieller Vertreter der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten. Sie hat hier also die Aufgabe, die Interessen der betroffenen Bundesländer zu bündeln, mit den Interessen des Bundes in Einklang zu bringen und nach außen zu vertreten.

Ende November hat daher das Bundesumweltministerium bei der Staatsregierung angefragt, ob man sich weiter an der Kommunikation mit Tschechien beteiligen wolle. Dies wurde vonseiten Bayerns mit einem klaren Ja beantwortet. Die Staatsregierung wird also weiterhin klar Stellung zur tschechischen Energierategie beziehen.

Grundsätzlich ist bei der Beteiligung Bayerns der bis jetzt gegangene Verfahrensweg weiter einzuhalten. Der Freistaat Bayern gibt seine Position an die Bundesregierung weiter. Diese koordiniert die deutschen Interessen und gibt sie gebündelt an die tschechische Regierung weiter.

Zudem übersehen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass der Informationsfluss und der Meinungsaustausch zwischen den guten Nachbarn Tschechien und Bayern auch zur Energiepolitik ständig stattfindet.

Ich betone zum Schluss noch einmal: Der Antrag der GRÜNEN fordert etwas von der Staatsregierung, das bereits seit Langem regelmäßig auf verschiedenen Ebenen praktiziert wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann sehen Sie es als Ermutigung, auf diesem Weg weiterzugehen, Herr Kollege!)

- Es wird ja abgelehnt. Die Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung an den Bund ist ablehnend, ganz einfach.

Die GRÜNEN unterstellen der Staatsregierung – das ist völlig unhaltbar und bar jeder Grundlage - in gewisser Weise Untätigkeit, und dies in einer Angelegenheit, die für Bayern große Bedeutung hat. Die möglichen Auswirkungen der "Energierategie Tschechien" auf Bayern wurden von der Staatsregierung keineswegs, wie behauptet, ignoriert, sondern zur Kenntnis genommen und werden auch weiterhin konsequent mit dem Blick auf Bayern bewertet. Die Ergebnisse dieser Bewertung werden ganz im Sinne der grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfung an die Bundesregierung übermittelt und von dieser gegenüber Tschechien im Namen der ganzen Bundesrepublik Deutschland vertreten.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Gezeichnet: Marcel Huber!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Ritt. Da das Ihre erste Rede war, darf ich Ihnen ganz herzlich dazu gratulieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf: Abgelesen!)

- Nein. Das gehört sich so. - Sie werden erfreut sein zu hören, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen diesen Moment in zahlreichen Bildern festgehalten haben. Ich hoffe, einige davon sind für weitere Medien verwendbar. - Jetzt hat Herr Florian von Brunn das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es liegt ein Angebot Tschechiens auf dem Tisch, Bayern an der Strategischen Umweltprüfung für seine Energiestrategie zu beteiligen. Wir erleben heute ein Kuriosum: Die Bayerische Staatsregierung, die sonst immer das Lied vom starken Bayern und vom wichtigen Föderalismus singt, betreibt ein Versteckspiel um Zuständigkeiten mit dem Bund und kommt mit anderen fadenscheinigen Ausreden, warum und wie man sich auf diesem Weg und indirekt daran beteiligen würde. Keiner weiß zwar genau, wie, aber irgendwie soll es angeblich passieren.

(Beifall bei der SPD)

Unser Eindruck ist, dass hier Sicherheitsinteressen der bayerischen Bevölkerung betroffen sind, die von der Staatsregierung nicht wahrgenommen werden, zumindest nicht in ausreichendem Maße. Ich weiß nicht, ob das der Grund ist, aber ich glaube, Sie brauchen keine Angst zu haben: Die tschechische Regierung sucht bei Ihnen bezüglich der Energiewende keine Beratung. Auch sie liest nämlich Zeitung.

Tschechien will leider das Gegenteil, nämlich die Atomkraft massiv ausbauen. Eigentlich gäbe es gute Gründe dafür, sich da einzusetzen und die Interessen der Menschen, die hier leben, öffentlich zu vertreten und sie zu beteiligen. Stattdessen lassen Sie seit Mai 2013 eine Einladung auf irgendeinem Schreibtisch liegen. Ich weiß gar nicht, ob Sie noch wissen, auf welchem. Angeblich soll jetzt etwas passiert sein. Das müssen Sie der Öffentlichkeit aber erst einmal erklären. Erklären Sie doch, was Sie konkret getan haben! Wann haben Sie was getan, und was haben Sie noch konkret vor?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben diese Fragen weder heute noch im Umweltausschuss zufriedenstellend beantwortet. Die Kollegin Steinberger hat es schon gesagt: Es gibt kritische, offene Fragen, nämlich: Was sagt die Staatsregierung zum geplanten Ausbau des Atomkraftwerks in Temelin, nur 60 Kilometer von der bayerischen Grenze entfernt? Unerwähnt

ist auch: Was sagen Sie zu der Laufzeitverlängerung des Altreaktors in Dukovany, zweite Generation, sowjetischer Reaktor, ohne Containment und in risikoverdoppelnder Zwillingsbauweise? Was sagen Sie dazu? – Kein Wort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Im Ausschuss ist vorgebracht worden, Ihnen reiche die Erklärung Tschechiens, man halte internationale Sicherheitsstandards ein. Da frage ich Sie: Kaufen Sie immer die Katze im Sack? - Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Es gibt zahlreiche Störfälle. Es gibt erhebliche Sicherheitsbedenken, auch 2013, und ganz aktuell Temelin betreffend. Deshalb sehen wir ein Engagement Bayerns in dieser Frage als notwendig an und stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. Das war, soweit ich weiß, auch Ihre erste Rede. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall bei der SPD)

Ich darf jetzt dem Herrn Kollegen Benno Zierer das Wort erteilen. Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass auch unser Umweltminister noch in unseren Reihen ist. Wir wollen die gesamte Situation mit der nötigen Ernsthaftigkeit betrachten. Wenn ich in unsere Reihen blicke: Wir sind doch alle gebrannte Kinder. Jeder von uns hat noch die Erinnerung an Tschernobyl. Viele werden sich noch erinnern können, dass sie versucht haben, Milch zu kaufen, die eventuell von Kühen stammte, die Heu gefressen hatten, das im hintersten Eck der Scheune versteckt gewesen ist. Jetzt haben wir eine andere Situation. Die tschechische Grenze liegt noch viel näher bei uns. Wir haben die Problematik der Energiewende, die wir versuchen hinzubekommen. Natürlich ist dies eine Aufforderung an die Regierungspartei, möglichst schnell Lösungen herbeizuführen. Die Opposition unterstützt sie unter allen Umständen.

Natürlich wird genau über die Grenze geblickt: Was macht Bayern bei der Energiewende; wie kommt Bayern voran? Das wird auch Auswirkungen auf die Pläne haben. Genau deshalb brauchen wir – darum ist der Antrag auch zu unterstützen – absolute Transparenz, wie weit die Fortschritte sind, wohin der Weg führt. Wir von der Opposition wollen Sie bei Ihrer Arbeit nur unterstützen. Wir wollen draußen nur rüberbringen, dass die Politik, die hier gemacht wird, mit Verantwortung betrieben wird – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir tragen Verantwortung für ganz wichtige Entscheidungen. Ich meine, wir würden uns vor der Verantwortung drücken, wenn wir sagen würden: Das wird in Berlin geregelt. Wer Berlin kennt, weiß, dass dort gesagt wird: Bayern ist weit weg; schauen wir einmal, wie weit wir kommen. Je mehr sich Bayern bei dieser Problematik einbringt, umso mehr wird draußen auch verstanden, dass sich die Opposition zusammen mit der Regierung für diese wichtigen Dinge einsetzt.

Gerade die CSU spricht immer von Bürgernähe und von Transparenz und Gemeinsamkeit. Lasst uns doch heute einen Beschluss fassen, der den Verbrauchern zeigt: Wir nehmen sie ernst; wir nehmen die Problematik absolut ernst – ich meine, nicht mehr und nicht weniger erwarten die Bürger von uns allen: die Ängste verstehen, die durchaus vorhanden sind. Jeder kennt die Bauwerke, die dort drüben stehen. Wer weiß, wie das aussieht, wenn ausgebaut wird? Woher nehmen wir unseren Strom, wenn wir die Energiewende nicht schaffen? Beziehen wir ihn dann aus der Tschechien? Beziehen wir ihn dann aus Frankreich? Das sind die Aufgaben, die wir bewältigen müssen. Das erwarten draußen die Leute von uns, und nicht, dass wir uns hier die Köpfe einschlagen und uns gegenseitig lächerlich machen. Zeigen wir mit unserer Abstimmung, dass wir umfänglich informiert werden wollen. Zeigen wir dies miteinander! Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Auch Ihnen, Herr Kollege Zierer, herzlichen Dank für diese erste Rede und herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Daran kann man sehen, wie schön es ist, dass die GRÜNEN den Antrag hochgezogen haben. Die drei hatten Gelegenheit, hier erstmals zu sprechen. Wenn sich die drei Erstredner mit einem Freigetränk bei der Fraktion der GRÜNEN bedanken wollen, wenden Sie sich nach der Sitzung bitte vertrauensvoll an mich. - Als Nächster hat sich Herr Staatsminister Marcel Huber zu Wort gemeldet.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht Spaß, zu einem Thema zu sprechen, bei dem wir uns alle richtig einig sind. Noch lieber spreche ich zu einem Antrag, der eigentlich schon erledigt ist, weil wir uns über diese Dinge eigentlich gar nicht mehr groß unterhalten müssen.

Ich möchte aber schon noch etwas herausstreichen, weil ich Ihnen natürlich aufmerksam zugehört habe. Ich will daran erinnern, dass es eine Energiewende und einen ambitionierten Kernkraftausstieg mit einem Plan, bis 2022 in Bayern das letzte Kernkraftwerk abzuschalten, nicht ohne die Entscheidung der CSU gäbe. Damit sind zwei Namen ganz intensiv verbunden: Das sind Frau Bundeskanzlerin Merkel und Herr Seehofer. Ohne diese beiden wären wir heute nicht auf dem Weg, die Kernkraftwerke in einem Zeitraum abzuschalten, der realistisch ist. Dass unsere Nachbarn nicht gleich mitmachen, ist in unseren Augen schade. Wir bemühen uns, unsere Nachbarn davon zu überzeugen, dass wir es sind, die auf dem richtigen Weg sind. Aus diesem Grunde wollen wir auch, dass in Tschechien nicht weiter ausgebaut wird.

Das Pendant zur Tschechischen Republik ist aber nicht der Freistaat Bayern, sondern die Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Grunde hat sich die Tschechische Republik auch an den Bund gewendet, um das Angebot, sich an der Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen, zu unterbreiten. Ich muss Ihnen aber sagen,

dass Ihnen bisher nicht bekannt geworden ist, dass wir Interesse daran haben, uns daran zu beteiligen. Sie haben so schön geschrieben, wir hätten kein Interesse. Da irren Sie. Das Bundesministerium hat sich an die Länder gewandt, und das bayerische Wirtschaftsministerium hat ganz klar erklärt, es wolle sich an den Konsultationen beteiligen. Damit könnten wir eigentlich aufhören; damit könnten wir eigentlich sagen, dass der Antrag gegenstandslos ist, da das, was Sie fordern, gerade passiert.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Steinberger zu?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Wenn mir das nicht auf die Zeit angerechnet wird, schon.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie haben ja Zeit ohne Ende.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Freilich; damit Sie die da drüben wieder auffordern, weiterzureden. – Also bitte, ganz kurz.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Es wird auch eine ganz kurze Frage. Herr Minister Huber, wissen Sie, dass sich die tschechische Regierung nicht nur an die Bundesregierung gewandt hat, sondern auch an die angrenzenden Länder Bayern und Sachsen?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ja.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Im Mai gab es ein Schreiben an Bayern und auch an Sachsen.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Freilich.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Das war ja nicht von ungefähr.

Zweite Frage: Wissen Sie auch, dass sich Oberösterreich an diesem Auslegungsverfahren eigenständig beteiligt hat? Was Oberösterreich kann, können wir eigentlich auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Wenn wir etwas mehr Zeit gehabt hätten, hätte ich dazu schon noch etwas gesagt. Jetzt läuft mir aber die Zeit davon; ich muss es ganz knapp machen. Ich will Ihnen berichten, dass wir in diesem Verfahren schon mehrfach tätig waren. Ich darf daran erinnern: Die Positionierung der Staatsregierung, die Sie anmahnen, wurde durch Staatsminister Dr. Söder und Ministerpräsident Seehofer den tschechischen Kollegen bereits ausführlich dargelegt, und ihnen wurde mitgeteilt, dass wir eine sehr, sehr kritische Haltung hierzu haben. Wir haben auch bereits Maßnahmen im Rahmen der UVP umgesetzt, die auch nur auf intensiven Druck von uns so passiert sind. Ich darf an zwei grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligungen in deutscher Sprache erinnern. Das haben wir eingefordert. Ich erinnere auch an die große Informationsveranstaltung in Passau. Wir haben eine Halle für mehrere Tausend Menschen gemietet – ein paar Dutzend Menschen waren da und haben sich beteiligt. Es gab verschiedenste Aktivitäten, die zeigen, dass wir dieses Thema ernst nehmen.

Ich will aber die Forderungen, die Sie an uns stellen, noch einmal ganz klar formulieren. Es geht darum, dass die tschechischen Nachbarn prüfen sollen, ob sie denn nicht mit anderen Lösungen zurechtkommen, so wie man sich das zum Beispiel in Deutschland beim Umstieg auf regenerative Energien ansehen kann. Es gibt noch offene radiologische Fragen bei Störungen und Unfällen, zum Verhalten bei Unfällen. Auch das Thema der Lagerung und Entsorgung radioaktiver Abfälle ist in meinen Augen noch nicht ausreichend behandelt. Um diese Dinge werden wir uns intensiv kümmern.

Ich will zusammenfassen, da ich nur noch 35 Sekunden habe: Wir als Bayerische Staatsregierung haben uns klar gegen den Ausbau von Temelin positioniert. Wir

haben uns im Rahmen der bisherigen Maßnahmen zur UVP intensiv und kritisch geäußert, und wir werden das Angebot der Beteiligung intensiv nutzen und unsere Einwände vorbringen.

Ich bedanke mich bei den insgesamt vier Vorrednern und bei den drei Vorrednern der Opposition ganz intensiv für Ihre Unterstützung, die Sie heute formuliert haben. Miteinander werden wir die bayerische Position kraftvoll darlegen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Dann können wir doch einen gemeinsamen Beschluss fassen, oder?)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache 17/497 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Das ist das Ende unserer Sitzung. Wir haben alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Ich danke Ihnen, dass Sie die letzte Stunde in dieser Konzentriertheit und dieser Ruhe verbracht haben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.50 Uhr)